

Vollversammlung am 28. September 2022

TOP 3 - Bericht des Präsidenten

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich heute in meinem Bericht auf die zwei wichtigsten Themen beschränken, die uns alle hier sehr bewegen: die aktuelle wirtschaftspolitische Lage und die Energiekrise.

Konjunktur im 2. Quartal 2022: Angebotskrise bedroht die Wirtschaft!

Meine Damen und Herren,

es wird Sie nicht überraschen, dass sich die Stimmung der Unternehmen im IHK-Bezirk gegenüber dem Vorquartal nicht verbessert hat. Der IHK-Geschäftsklimaindikator bleibt weiterhin negativ und auch die Geschäftserwartungen verharren auf einem sehr schlechten Wert.

Im aktuellen Quartal sehen wir überall die gleichen Probleme: Kaum mehr tragbare Energiekosten, ein kaum zu deckender Fachkräftebedarf, höchst unsichere Aussichten auch und insbesondere in der Industrie – sonst eigentlich der Fels in der Brandung!

Meine Damen und Herren,

wir befinden uns in einer vielfachen Angebotskrise – teils ist diese hausgemacht durch bundesdeutsche Politik, teils entstanden durch den Umgang Chinas mit der Pandemie und natürlich durch den Krieg in der Ukraine.

Bei der Ursachenforschung möchte ich aber auch nicht unerwähnt lassen, dass die EZB durch ihr viel zu langes Zögern die Situation noch zusätzlich verschärft hat! Denn die Geldpolitik hat stark dazu beigetragen, dass Knappheitssignale in den letzten Jahren nicht mehr oder nur noch verzerrt wirken konnten.

Einer Angebotskrise ist klassischerweise mit staatlichen Mitteln nur schwer beizukommen – der Staat kann schließlich das Angebot ja nicht aus dem Nichts erschaffen! Er kann keine Fachkräfte generieren, keine Transportschiffe, keine Lokführer und mit Sicherheit auch kein Erdgas. Aber er kann den Rahmen abstecken – gut oder schlecht.

Gegenwärtig muss man leider deutlich sagen: Der deutsche Staat macht es schlecht! Er lässt Optionen aus, das Energieangebot auszuweiten – und zwar sowohl beim Strom als auch beim Gas. Und er hält es nicht einmal für nötig, wenigstens alles zu unterlassen, was die Angebotsverknappung sogar noch befördert!

- Laufzeiten der letzten Atomkraftwerke verlängern? Bloß nicht!
- Mit attraktiven Bedingungen Kohlekraftwerke aus der Reserve zurück ans Netz holen? Fehlanzeige!
- Heimische Schiefergasvorkommen durch neue, umweltverträgliche Verfahren erschließen?

Das ist fahrlässig und unverantwortlich!

Wir befinden uns mitten in der größten Energiekrise seit 50 Jahren und ich habe bei manchen Entscheidern den Eindruck, als wäre Gesinnung wichtiger als politische Verantwortung.

Energiekrise: Wirtschaftskollaps verhindern!

Angesichts der Energielage, der Material- und Rohstoffengpässe und der nun grassierenden Inflation muss alles politische Handeln auf den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ausgerichtet werden. Das bedeutet zum einen die Nutzung aller Energie-Kapazitäten, um das Angebot auszuweiten, denn anders ist dem Knappheitsproblem nicht beizukommen. Die Preise MÜSSEN runter!

Zum anderen braucht es – parallel dazu – eine Art „Preisbremse im Energiemarkt“. Die europäischen Nachbarn, z. B. Frankreich, machen uns vor, dass und wie es geht!

Meine Damen und Herren, wir fordern hier keine pauschalen Subventionen zugunsten der Wirtschaft. Wir fordern lediglich eine Anpassung an die Bedingungen, mit denen Wettbewerber andernorts produzieren. Wenn nicht bald durchschlagende Entlastungen auf den Weg gebracht werden, sind es nämlich einzig diese Wettbewerber, die übrig bleiben.

Um es deutlich zu sagen: Es droht nicht weniger als die Deindustrialisierung Deutschlands.

Meine Damen und Herren,

diese Bedrohung ist leider so real wie konkret: Die explosionsartig gestiegenen Gas- und Strompreise bedrohen bereits sehr viele Unternehmen in ihrer Existenz, erste Abschaltungen sind bereits zu beklagen. Zuerst hat es die energieintensiven Unternehmen vor allem in der Chemischen Industrie und in der Ernährungswirtschaft getroffen. Jetzt weitet sich die immense Preisspirale auf immer mehr Branchen aus. Konkreteres werden im Anschluss die Ausschussvorsitzenden dazu berichten.

Das in den vergangenen Wochen immer wieder zitierte Beispiel von SKW Piesteritz ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Der Fall SKW zeigt auch, wie eng verflochten die Branchen sind. Ohne Erdgas kein Ammoniak etwa für Domo in Leuna oder Radici in Zeitz. Und ohne Ammoniak kein AdBlue, ohne das moderne Diesel-Lkw und Pkw nicht mehr fahren. Endkonsequenz: Der Logistikbereich kommt zum Stillstand und die Regale bleiben leer.

Dabei haben wir derzeit noch keine offizielle Gasmangellage mit drohenden Budgetierungen und Abschaltungen. Nein, Gas ist eigentlich noch genug vorhanden. Immer öfter fehlt den Unternehmen aber das Geld, um das teure Gas zu bezahlen. Aber zu teures Gas ist nun einmal eben genauso schlecht wie gar kein Gas!

Ohne energisches Gegensteuern droht die Zerstörung all dessen, was im Laufe von mehr als drei Jahrzehnten Aufbauleistung in Mitteldeutschland entstanden ist. Dazu darf es keinesfalls kommen!

Unsere IHK – ich selbst, die Vizepräsidenten und auch der Hauptgeschäftsführer – hat in den letzten Wochen viele Kanäle bespielt, um auf die Gefahren hinzuweisen und für unsere Position zu werben, insbesondere etwa für den Vorschlag eines temporären und ersatzweisen Pipelinetauschs von Nord Stream 1 zu 2. Darüber hinaus haben wir zahlreiche Forderungen zur Dämpfung der Energiekosten und anderer Belastungen übermittelt; die Detailfülle ist zu groß, um hier alles aufzuzählen.

Bis jetzt hat sich die Bundespolitik aber geziert, die Unternehmen zielgerichtet zu unterstützen. Stattdessen wurde die sprichwörtliche Gießkanne bemüht, um möglichst vielen Wählern zumindest ein bisschen zukommen zu lassen. Dass dieses individuelle Bisschen in Summe unverantwortlich hohe Summen verschlingt, die überwiegend schlicht wirkungslos verpuffen werden, setzt dem Ganzen die Krone auf!

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Und wir brauchen jetzt schnelles und zielgerichtetes politisches Handeln, denn für viele ist es nicht „Fünf vor Zwölf“, sondern schon nach Zwölf.

Meine Damen und Herren, das bringt uns zum nächsten Tagesordnungspunkt – unserem Positionspapier zur Energiekrise...